

*Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung. Tagung des Herder-Instituts und des J. G. Herder-Forschungsrates am 22./23. Februar 1994. Hrsg. v. Hugo W e c z e r k a.*

Herder-Institut, Marburg 1996, 136 S. (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 1).

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes bedeutete nicht nur für die Geistes- und Sozialwissenschaften in den Ländern Ostmitteleuropas einen tiefgreifenden Um-

bruch, sondern auch für die deutsche Ostmitteleuropa-Forschung. Wenn manchen Wissenschaftlern im östlichen Europa ihre allzu große Nähe zu den sozialistischen Regimen und ihren politischen Interessen zum Verhängnis wurde, so kann man in Deutschland der Ansicht begegnen, Osteuropaforschung oder gar „Ostforschung“ – wie es in manchen deutschen Regierungsstellen noch heute heißt – sei heute eine *quantité négligeable* im Gegensatz zur Epoche des Ost-West-Gegensatzes, zumal die Osteuropaforschung den Auseinanderfall der sowjetischen Hemisphäre nicht prognostiziert habe. Bis in die jüngste Zeit hängt die Beurteilung der Osteuropaforschung ganz offensichtlich von politischen Gesichtspunkten ab, die in der Vergangenheit die notwendige kritische Prüfung so mancher Institution der Ostmittel- und Osteuropaforschung aus politischen Rücksichtnahmen unpassend erscheinen ließen.

Der Umbruch im Marburger Herder-Institut ist scheinbar nur indirekt mit der Wende von 1989 verbunden, da die Empfehlungen des Wissenschaftsrates 1992 nach einer Begehung im vorhergehenden Jahr eine Umstrukturierung nahelegten. Die zeitliche Koinzidenz und die durch diese Überprüfung hervorgerufene Unsicherheit sowie das Entstehen konkurrierender Einrichtungen stellen den Wandel in der Marburger Institution aber doch in den Zusammenhang der Ereignisse von 1989. Drei Aspekte waren es, die der Wissenschaftsrat von dem „neuen“ Herder-Institut verlangte, um die Förderung nach der „Blauen Liste“ zukünftig zu gewährleisten:

1. die Konzentration auf die Funktion einer „wissenschaftlichen Serviceeinrichtung“, während das Institut bislang als Forschungseinrichtung gefördert worden war,
2. die Trennung vom Herder-Forschungsrat und
3. der Verzicht auf die ostmitteleuropäische Gegenwartsforschung bei einer Konzentration auf die Geschichte der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa.

Die mit diesen Empfehlungen verbundene Neuorientierung war wohl die tiefgreifendste in der über vierzigjährigen Geschichte des Herder-Instituts. Dazu trug auch die Frage nach der Stellung des Herder-Instituts in der veränderten Wissenschaftslandschaft in Deutschland bei – insbesondere mit dem Leipziger Ostmitteleuropa-Zentrum – sowie in Polen und in Tschechien mit den dort neu entstandenen oder sich neu orientierenden Instituten. Ein Indiz für die Tiefe des Umbruchs ist der vorliegende Tagungsband, der zum einen die Vorträge und Berichte einer Tagung von 1994 und zum anderen die Ansprachen anlässlich der feierlichen „Übergabe“ des Herder-Instituts durch den Herder-Forschungsrat an den neu geschaffenen Trägerverein am 24. 2. 1994 enthält. Zugleich zeigt der Band neben den institutionellen Veränderungen noch einen zweiten, konzeptionellen Umbruch, der sich erst seit 1995 klarer abzeichnet und sich nicht zuletzt in dem längst überfällig gewesenem Abschied von der „Ostforschung“ im Titel der Zeitschrift des Hauses manifestiert. So sehen wir in dieser Dokumentation gleichzeitig zwei Konzeptionen aus unterschiedlichen Epochen des Instituts. Der Herausgeber und damalige Institutsdirektor Hugo Weczerka sah sich daher gezwungen, darauf hinzuweisen, daß seine Bemerkungen zur Arbeit des Instituts bei der Drucklegung bereits überholt seien, und der seit 1995 amtierende Direktor Eduard Mühle stellt ein Vorwort zur Tätigkeit des „neuen Herder-Instituts“ voran,

das vieles von den Aussagen zu den Aufgaben des Instituts revidiert. Hat man bei Weczerka den Eindruck, daß die Serviceleistungen bereits den bisherigen Arbeitsschwerpunkten des Instituts entsprechen und insofern eine Neuorientierung der Arbeit eigentlich nicht erforderlich oder deren Richtung zumindest nicht klar sei, so äußert sich Mühle wesentlich prononcierter:

Erstens nennt er den Verzicht auf Gegenwartsforschung und die Begrenzung auf die historische Ostmitteleuropaforschung. Ostdeutsche oder altostdeutsche Landesgeschichte sei als ein integraler Bestandteil dieser Großregion und nicht isoliert von der Geschichte der ostmitteleuropäischen Nationen zu betrachten. Diese Überzeugung war zwar auch schon bei der Gründung des Herder-Instituts anzutreffen, hatte jedoch wiederholt mit überholten deutschumsgeschichtlichen Traditionen zu kämpfen. Zweitens fordert Mühle Grundlagenarbeit, d. h. die Erschließung der historischen Primärquellen mit Hilfe elektronischer Speicher- und Kommunikationsmittel und die Bereitstellung bibliographischer Informationen in Datenbanken sowie die Realisierung von Handbuchprojekten. Drittens hebt er die Forumsfunktion mit Tagungen, Stipendienprogrammen und Publikationen hervor. Viertens seien neue Kooperationsbeziehungen erforderlich, die sich zum einen in der Zusammensetzung des Trägervereins und des Kuratoriums spiegeln, daneben müßten insbesondere aber auch enge Kontakte zu den Instituten in Polen, Tschechien und den baltischen Ländern gesucht werden.

Daran schließt sich zwangsläufig die Frage an: Warum ist als erste Publikation dieser „Forumsfunktion“ ein Tagungsband erschienen, der offensichtlich einen bereits überholten Diskussionsstand widerspiegelt? Tatsächlich handelt es sich weniger um eine Publikation, in der sich das „neue“ Institut präsentiert, sondern sie dokumentiert in erster Linie die Umbruchphase. Angesichts des rasanten Wandels im letzten Jahrzehnt ist eine solche Intention freilich auch lobenswert.

Die vier ausführlicheren Beiträge sind tatsächlich als Zustandsbeschreibungen zu verstehen: Rex Rexheuser, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, und Jan Křen, Leiter des Instituts für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag, berichteten über Perspektiven der Zusammenarbeit deutscher Historiker mit ihren polnischen und tschechischen Kollegen. An Rexheusers Ausführungen läßt sich plastisch erkennen, welchen Einschränkungen das deutsch-polnische Historikergespräch bis 1989 trotz aller Offenheit im Vergleich mit den Nachbarländern unterworfen war. Vieles von dem „sich alles sagen“, was 1989 noch aufregend neu war, ist bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. Wenn Rexheuser festhält, es sei inzwischen unvorstellbar, daß das Kapital in der gemeinsamen Arbeit von deutschen und polnischen Historikern nicht genutzt oder gar verschleudert werden könne, so ist dieser treffenden Feststellung nichts hinzuzufügen. In Křens Beitrag wird dagegen deutlich, daß trotz der Euphorie des deutsch-tschechischen Neubeginns 1989/90 die politischen Rahmenbedingungen – insbesondere mit der öffentlichen Debatte um die Einschätzung der Vertreibung der Deutschen – wesentlich stärker auf das deutsch-tschechische Verhältnis einwirken. Der dritte Beitrag von Horst Förster befaßt sich mit der Kooperation im Bereich der Regionalforschung Ostmitteleuropas; er zeigt, daß die geographische Forschung wohl noch stärker als die Geschichtswissenschaft unmittelbar von dem Umbruch betroffen ist, da sie sich insbesondere mit Fragen von Transformationsprozessen und Grenzregionsforschung befaßt und sich

somit Themen zuwendet und Kooperationsformen knüpft, die vor 1989 nicht denkbar waren. Hartmut Boockmanns Beitrag über die Geschichte der Albertina leitet in den „ostdeutschen“ Teil der Tagung über, der außerdem drei kurze Berichte aus den Historischen Kommissionen der baltischen Länder, Ost- und Westpreußens und der Sudetenländer enthält. Boockmann geht eigentlich weniger auf Perspektiven der historischen Forschung in Ostmitteleuropa ein, sondern versucht mit einer universitätsgeschichtlichen Skizze zu zeigen, daß die Geschichte (Alt-)Ostdeutschlands auch in Deutschland vergessen zu werden droht. Nur durch ihre Förderung in Deutschland sei ein Dialog mit ostmitteleuropäischen Historikern möglich. Das ist sicherlich zutreffend, dennoch ist es fraglich, ob denn Spekulationen über den Status der „Kalinigradskaja oblast“ dazu angetan sein können, die Zusammenarbeit zu fördern. Udo Arnold weist in seinem Beitrag darauf hin, daß die ostdeutsche landesgeschichtliche Forschung mit einem sehr geringen Etat auskommen muß und so Probleme hat, sich als Kooperationspartner anzubieten. Insgesamt genommen sind die drei Berichte aus den Historischen Kommissionen für eine wirkliche Information über die Kommissionen und ihre Arbeit zu knapp, manches davon ist in den letzten Jahren auch schon an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden.

Der vorliegende Band ist vor allem als Dokument, „als [...] eine Momentaufnahme aus einer kritischen Übergangssituation“ (Mühle), die zu einem Umbruch in zwei Phasen führte, bemerkenswert. Man wird bei der Lektüre den Eindruck nicht los, hier sei jemand ins Wasser gestoßen worden, der sich erst noch freischwimmen muß. Die ersten Züge sind jedoch getan, und der Kurs ist erfolgversprechend. Freilich drohen auch Widrigkeiten, die in der vorliegenden Publikation nur schemenhaft zu erkennen sind. So kann die Festlegung auf die historisch deutschen Ostgebiete die Gefahr mit sich bringen, aus formalrechtlichen Gründen auf die territoriale Bestimmung des Bundes-Flüchtlings- und Vertriebenengesetzes mit seinem berühmten § 96 festgelegt zu werden. Vor diesem Problem stand auch schon das „alte“ Herder-Institut und hat sich gegen eine wissenschaftlich nicht zu rechtfertigende deutschumszentrierte Aufgabenbeschränkung schon frühzeitig gewandt. Dennoch muß, solange der gesetzliche Rahmen in dieser Form besteht, wohl auch das „neue“ Institut sich mit dieser reformbedürftigen gesetzlichen Vorgabe auseinandersetzen, wie unlängst das Gutachten des Bundesrechnungshofs zeigte.